



Bundesverband e.V.

Wahlprüfsteine des AWO Bundesverbandes zur Bundestagswahl 2013

Wahlprüfsteine des AWO Bundesverbandes zur Bundestagswahl 2013

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gehört zu den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Sie ist aufgrund ihrer Geschichte und ihres gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses ein Wohlfahrtsverband mit besonderer Prägung. Auf der Grundlage ihrer unverrückbaren Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hat sie seit ihrer Gründung 1919 jene Menschen im Blick, die aus unterschiedlichen Gründen zu den sozial Schwachen der Gesellschaft gehören.

In der Arbeiterwohlfahrt arbeiten rund 382.000 Mitglieder, 70.000 Ehrenamtliche und 173.000 hauptamtlich Beschäftigte zusammen, um bei der Bewältigung sozialer Aufgaben und Probleme mitzuwirken und um den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

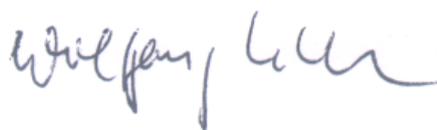
Die Arbeiterwohlfahrt engagiert sich mit ihren über 3.700 Unternehmen und mehr als 14.000 Einrichtungen und Diensten in allen Bereichen der sozialen Arbeit. Darüber hinaus ist die AWO seit vielen Jahrzehnten ein wichtiger Träger von Freiwilligendiensten und ein Förderer des Bürgerschaftlichen Engagements.

Die Politik steht vor großen Herausforderungen – angesichts des demografischen Wandels steht einer stetig wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen eine immer geringer werdende Zahl von Kindern gegenüber. Der Fachkräftemangel wird zu einer ernsthaften Belastungsprobe für die Entwicklung des Landes. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dadurch zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, deren Rahmenbedingungen aber von der Politik zu setzen sind. Diese Folgen des demografischen Wandels aber auch viele weitere gesellschaftspolitische Herausforderungen gilt es zu bewältigen.

Die Arbeiterwohlfahrt möchte die Politik – Ihre Politik – auf den Prüfstand stellen. Dafür haben wir die für uns relevantesten Fragen zu den dringendsten sozialen Problemen als so genannte Wahlprüfsteine zusammengetragen und möchten Sie hiermit bitten, diese Fragen zu beantworten.



Wilhelm Schmidt
Vorsitzender des Präsidiums



Wolfgang Stadler
Vorsitzender des Vorstandes

Fragen zur Bundestagswahl 2013

Für die Beantwortung stehen Ihnen pro Frage **maximal 500 Zeichen** (inkl. Leerzeichen) zur Verfügung. Bitte senden Sie Ihre Antworten bis zum **20. Mai 2013** an folgende E-Mail-Adresse: **wahl2013@awo.org**.

Die Antworten aller Parteien werden in Form einer Synopse im Internet unter www.awo.org veröffentlicht.

1. Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bilden in Deutschland – historisch gewachsen – eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge. Über innovative Lösungen für soziale Probleme setzen sie sich vor Ort mit viel Engagement für Benachteiligte und Schwache in der Gesellschaft ein. Gesellschaftliche Probleme und deren Folgen wie zum Beispiel zunehmende Armut können nicht ohne die Freie Wohlfahrtspflege gelöst werden.

Wohlfahrtsverbände erbringen ihre sozialen Dienstleistungen, die nach unserer festen Überzeugung weder über den Staat, noch über den Markt erbracht werden sollten, flächendeckend und niedrigschwellig. Dabei stellt sich die AWO offen gegen Überlegungen in Richtung einer Marktforcierung im Bereich des Sozialen. Ideen, nach denen Lösungen sozialer Probleme von gewinnorientierten Unternehmen gefunden werden können, sind fatal. Denn, wenn ein Sozialstaat nur noch dort existiert, wo Gewinne möglich erscheinen, wird er obsolet.

Frage: Wie steht Ihre Partei zum System der Leistungserbringung durch die Freie Wohlfahrtspflege?

2. Attraktivität sozialer Berufe

Um soziale Dienstleistungen von hoher Qualität erbringen zu können, werden gut ausgebildete Fachkräfte benötigt. Um die Attraktivität sozialer Berufe zu verbessern und auch zukünftig Fachkräfte in ausreichender Anzahl gewinnen zu können, engagiert sich die AWO für einen Entgelttarifvertrag Soziales, der die gesamten Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit umfasst.

Darüber hinaus beschloss die AWO auf ihrer Bundeskonferenz im November 2012 eine Selbstverpflichtung für die Wertebindung ihrer Unternehmen. Diese beinhaltet u.a. die vollständige Tarifgebundenheit aller Beschäftigten, die Einhaltung von Mindestlöhnen als Lohnuntergrenze und einen streng reglementierten Einsatz von Leiharbeitenden, die nur nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beschäftigt werden dürfen.

Frage: Wie positioniert sich Ihre Partei bzgl. eines Entgelttarifvertrags Soziales, der die gesamten Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit umfasst?

Frage: Was plant Ihre Partei, um mehr Menschen für soziale Berufe gewinnen und sie dort langfristig binden zu können?

3. Arbeitsmarktpolitik

Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt gehen an Menschen mit mangelnder oder schlechter Qualifikation, gesundheitlichen Einschränkungen und geringen Sprachkenntnissen vorbei. Die AWO fordert deshalb die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes, der in einem ersten Schritt vor allem der Förderung sozialer Teilhabe dient, und die Entwicklung von Strategien zur Integration von Langzeitarbeitslosen. Darüber hinaus sieht die AWO eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe darin, Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt zu integrieren.

Frage: Welche Vorstellungen hat Ihre Partei von der Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes?

Frage: Welche konkreten Konzepte hat Ihre Partei entwickelt, damit insbesondere Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten und uneingeschränkten Zugang zu allen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes haben?

4. SGB II verbessern

Die AWO setzt sich dafür ein, dass die Regelbedarfe in einem transparenten Verfahren neu berechnet werden, weil sie überzeugt ist, dass der derzeitige angesetzte Bedarf nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Frage: Wie steht Ihre Partei zur Höhe der SGB-II-Regelbedarfe?

5. Soziale Strompreisgestaltung

Die steigenden Strompreise sind für einkommensschwache Haushalte kaum noch bezahlbar. Der Zugang zu Strom ist jedoch eine Grundlage für die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Die AWO fordert daher, die Grundversorgung über einen Sozialtarif sicherzustellen und durch progressive Preissteigerungen bei zunehmendem Verbrauch einen Anreiz zum Sparen zu schaffen.

Frage: Unterstützen Sie die Einführung eines Strom-Sozialtarifs? Wie sollte ein entsprechender Tarif ausgestaltet werden bzw. welche Konzepte zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte präferieren Sie?

6. Kinderarmut

Armut ist der größte Risikofaktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, das hat die AWO in ihrer Langzeitstudie: „Von alleine wächst sich nichts aus...“¹ nachgewiesen. Die AWO fordert die Einführung einer Kindergrundsicherung, die alle Kinder mit 536 Euro monatlich absichert. Diese Leistung, deren Höhe stets an die Inflationsrate angepasst werden soll, würde alle bisherigen Leistungen, wie das Kindergeld, den steuerlichen Kinderfreibetrag, den Kinderzuschlag und das Sozialgeld im SGB II ersetzen und den grundlegenden Bedarf, den das Bundesverfassungsgericht für Kinder festgestellt hat, decken. Darüber hinaus fordert die AWO eine Verfahrensvereinfachung und die Neugestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets, um die Bildungs- und Teilhabechancen junger Menschen zu erhöhen.

Frage: Wie positioniert sich Ihre Partei zur AWO-Forderung nach einer Kindergrundsicherung?

Frage: Welche Zukunft gibt Ihre Partei dem Bildungs- und Teilhabepaket?

Frage: Welche Konzepte verfolgt Ihre Partei, um das gegenwärtige System familienbezogener Leistungen bedarfsgerechter zu gestalten?

7. Rechtsanspruch sicherstellen, Qualität gewährleisten

Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Kraft. Dieser wird vielerorts nicht eingehalten werden können bzw. zu Lasten der Qualität der Kinderbetreuung gehen. Die AWO engagiert sich für mehr Kita-Plätze bei hoher Betreuungsqualität.

Frage: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um sicherzustellen, dass der quantitative Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen zum einen sichergestellt und zum anderen nicht mit einem Qualitätsabbau „erkauft“ wird?

8. Kinder- und Jugendplan des Bundes

Sehr viele junge Menschen sind in Jugendverbänden organisiert. Jugendverbände leisten wichtige und gute Arbeit in Feldern wie Persönlichkeitsbildung und Demokratieerziehung. Die Verbände organisieren sich in der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) gemeinsam mit den Landesjugendrängen. Um Kinder und Jugendliche auf das Leben und die Gesellschaft vorzubereiten, ist eine Finanzierung der Jugendverbandsarbeit notwendig. Der DBJR hat seit 2004 keinen effektiven Aufwuchs der Förderung mehr erhalten.

¹ Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) „Von alleine wächst sich nichts aus ...“, Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I.

Frage: Wie wird Ihre Partei die notwendigen Rahmenbedingungen für die Jugendverbandsarbeit (z. B. Höhe der Zuwendungen) sicherstellen?

9. UN-Kinderrechtskonvention

2010 hat Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder anerkannt. Bei jeder behördlichen Maßnahme muss nun das Wohl des Kindes vorrangiges Kriterium sein.

Frage: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Rechte von Kindern in das Grundgesetz aufgenommen werden? Gibt es dazu konkrete Planungen?

Frage: Was wird Ihre Partei für Kinder tun, die sich auf der Flucht befinden? Wie stehen Sie zu den Forderungen der Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder“?

10. Bildungsgerechtigkeit

Der Hauptverdienst von PISA bleibt der Nachweis der ausgeprägten Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft in Deutschland. Um den weitreichenden Aufgaben einer chancengerechten Bildung gerecht zu werden, müssen sich Organisation und inhaltliche Ausgestaltung von Schulen stark verändern.

Frage: Die OECD fordert ein Prozent des BIP für Bildung auszugeben. Deutschland liegt derzeit bei 0,61 Prozent. Wie steht Ihre Partei zur Forderung der OECD?

Frage: Was tut Ihre Partei, um den drohenden Abbau der Schulsozialarbeiterstellen zu verhindern?

Frage: Wie stellt Ihre Partei sicher, dass innerhalb eines inklusiven Schulsystems für Kinder mit Behinderungen keine Nachteile entstehen?

11. Übergang Schule-Beruf

1,5 Mio. junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren verfügen über keinen Berufsabschluss. Zur Verbesserung dieser Situation fordert die AWO grundlegende Reformen zur Schaffung eines kohärenten Fördersystems am Übergang von der Schule in den Beruf.

Frage: Wie möchte Ihre Partei eine nachhaltige Absicherung bewährter Förderangebote der Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit sicherstellen?

Frage: Wie steht Ihre Partei zu einer Ausbildungsgarantie für Jugendliche?

12. Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen

Die AWO fordert einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für alle Opfer von Gewalt, insbesondere für Frauen und deren Kinder. Eine angemessene Unterkunft und die materielle Existenzsicherung müssen gewährleistet und die psychosoziale Beratung und Unterstützung, die gesundheitliche Versorgung und rechtliche Information sichergestellt sein.

Frage: Unterstützt Ihre Partei die Einführung eines solchen Rechtsanspruches?

13. Gleichstellung

Die AWO fordert eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männern gleiche Teilhabechancen im Erwerbsleben einräumt und eine gleichberechtigte Verantwortung für familiäre Sorgearbeit fördert. Beim Thema Gleichstellung muss vor allem etwas gegen den noch immer erheblichen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern unternommen werden. Noch immer erhalten Frauen für dieselbe Arbeit 22 Prozent weniger Lohn als Männer.

Frage: Wie will Ihre Partei eine schlüssige Gleichstellungspolitik sicherstellen, insbesondere unter den Gesichtspunkten gleichberechtigter familiärer Sorgearbeit und Abbau von Lohnunterschieden?

14. Inklusion

In einer inklusiven Gesellschaft wird Behinderung als Teil der menschlichen Vielfalt wahrgenommen und wertgeschätzt. Seit dem 26. März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland geltendes Recht. Zu den Aufgaben der Politik gehört es seither, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Strukturen konsequent inklusiv zu gestalten.

Die AWO fordert die Leitgedanken und Positionen umzusetzen und die Unterzeichnung des 2. und 3. Protokolls der UN-Behindertenrechtskonvention, um auf diese Weise zur Verwirklichung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen beizutragen.

Frage: Durch welche konkreten Maßnahmen und Angebote bindet Ihre Partei Menschen mit Behinderung partizipativ ein?

15. Gesundheit

Prävention und Gesundheitsförderung werden noch immer vielfach auf ihre medizinische Komponente reduziert. Nach Ansicht der AWO werden der Settingansatz² und die lebensweltliche Prävention zu wenig berücksichtigt. Es fehlt

² Der Settingansatz zielt auf die Veränderung des Alltags durch niederschwellige systemische Interventionen in konkreten Lebenswelten wie Schule, Betrieb oder Stadtteil, die alle Beteiligten einbeziehen.

noch immer an einem Gesamtkonzept, das die unterschiedlichen lokalen Akteure der Prävention vernetzt, die bundesweiten Strukturen steuert und Mittel bereit stellt, um die Vielzahl guter Initiativen nachhaltig zu fördern.

Frage: Welches Konzept hat Ihre Partei für Prävention und Gesundheitsförderung?

16. Altenhilfe

Im Jahr 2030 wird fast jeder dritte Bundesbürger über 65 Jahre alt sein. Deshalb muss die Finanzierungsgrundlage für das Pflegesystem erweitert und sozial gerecht gestaltet werden. Die AWO fordert die Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung, eine hervorragende Möglichkeit, die finanzielle Grundlage der Pflege zu stärken. Die Pflege-Bürgerversicherung umfasst, nach Vorstellung der AWO, eine Versicherungspflicht der gesamten Bevölkerung. Alle Einkommensarten, auch Selbständige und Beamte, sollten einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenzen auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben werden. Auch sollte Zugriff auf die Rücklagen der privaten Krankenkassen erfolgen.

Frage: Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung?

Frage: Hat Ihre Partei ein alternatives Konzept, um eine qualitativ hochwertige Pflege zukunftssicher und nachhaltig finanzierbar zu machen?

17. Rente

Altersarmut ist ein Problem, das in den kommenden Jahren in höherem Maße auf uns zukommen wird. Zum einen, weil die Rentenreformen der vergangenen Jahre zum Tragen kommen, zum anderen weil die Erwerbsbiografien zunehmend bröckeln.

Ältere, die ihren Job verlieren, sind noch immer so gut wie chancenlos am Arbeitsmarkt. Für diese Menschen kommt die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 einer faktischen Rentenkürzung gleich.

Frage: Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um ein massives Auftreten von Altersarmut zu verhindern?

Frage: Wie wird Ihre Partei die finanziellen Grundlagen der Rente stärken? Gibt es konkrete Pläne, weitere Berufsgruppen, die derzeit noch nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, in diese zu integrieren?

18. Europapolitik

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der sozialpolitischen Ziele der Strategie Europa 2020: Beschäftigung fördern – Bildungsniveau verbessern – soziale Eingliederung fördern. Nun plant die Europäische Union die Mittel des ESF in Höhe von bis zu 30 Prozent zu kürzen.

Frage: Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Mittelkürzung des Europäischen Sozialfonds zu verhindern?

19. Migrationspolitik

Einwanderer in Deutschland brauchen erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten. Die doppelte Staatsbürgerschaft entlastet Kinder und Jugendliche erheblich. Denn eine Entscheidung zwischen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit ist oft eine Entscheidung zwischen dem Umfeld und dem Land und der eigenen Familie.

Frage: Kann Ihre Partei sich vorstellen, die Einbürgerungsmöglichkeiten zu erleichtern?

Frage: Was plant Ihre Partei, um Rassismus und Diskriminierung intensiv zu bekämpfen?

20. Asylpolitik

Die AWO fordert gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen. Davon ist die bisherige Gesetzgebung weit entfernt, so zum Beispiel schränkt die sogenannte Residenzpflicht die Bewegungsfreiheit asylsuchender Menschen stark ein. Auch versagt ihnen das Arbeitsverbot die Möglichkeit, ihren eigenen Lebensunterhalt zu sichern.

Frage: Wie wird Ihre Partei versuchen, gleiche Rechte für Asylsuchende in Deutschland herzustellen?

Frage: Wie will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten bei der Aufnahme von Schutzbedürftigen solidarisch verhalten (Eurodac-/Dublin-Verordnung)?

21. Engagementpolitik

Engagementpolitik gehört zu einer modernen Gesellschaftspolitik. Ihre Aufgabe besteht darin, Bürgerschaftliches Engagement zu fördern und entsprechende Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Frage: Wie schafft Ihre Partei bessere Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement?

Frage: Wie stellt Ihre Partei sicher, dass Bürgerschaftliches Engagement nicht zur Kompensation leerer öffentlicher Kassen missbraucht wird?

Freiwilligendienste, als eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements, sind ein Erfolgsprojekt. Das seit fast fünfzig Jahren etablierte und beliebte Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) wurde in 2011 durch den neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) ergänzt.

Frage: Was plant Ihre Partei, um die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste zu verbessern?

22. Gemeinsames Monitoring

Im Rahmen des Gemeinsamen Monitorings, auch „Sozialmonitoring“ genannt, steht die Bundesregierung unter Federführung des BMAS seit dem Jahr 2004 in einem konstruktiven Dialog mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege. Unerwünschte Aus- und Wechselwirkungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der aktuellen Sozialgesetzgebung stehen, werden hier in regelmäßigen Abständen partnerschaftlich und ohne öffentliche Beteiligung diskutiert. Für die AWO ist das Sozialmonitoring ein wichtiger Bestandteil in der konstruktiven und effektiven Zusammenarbeit mit der Bundesregierung. Als Fürsprecherin für die betroffenen Menschen beobachten wir intensiv die Auswirkungen von Sozialreformen und sind um weiterführende Lösungsvorschläge bemüht. Auch in der kommenden Legislaturperiode möchten wir die bewährten Gesprächsrunden fortsetzen.

Frage: Wie stehen Sie zum Gemeinsamen Monitoring der Bundesregierung mit den Wohlfahrtsverbänden?

23. Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Die AWO begrüßte die Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Aus Sicht der AWO gelang es der Kommission jedoch bisher nicht, wirkungsvolle Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Frage: Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit der Enquete und würden Sie sich für die Fortsetzung der Arbeit der Enquete-Kommission einsetzen?

Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.

Verantwortlich

Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Redaktion

Anna Christina Koch, Mona Finder

© AWO Bundesverband (AWO) – Verlag –

Heinrich-Albertz-Haus

Blücherstraße 62/63

10961 Berlin

verlag@awo.org

<http://www.awo.org>

04/2013

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers. Alle Rechte vorbehalten.